



Regierungsratsbeschluss vom 19. September 2023

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD; Änderung der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE); Vernehmlassung

P230929

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD).

Begründung

Der Regierungsrat begrüsst die vom Bund vorgeschlagenen Änderungen der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit VZAE. Sans-Papiers könnten so bereits nach zwei Jahren in der Schweiz (Schule und auch Zentrum für Brückenangebote) ein Gesuch auf reguläre Aufnahme in eine Grundbildung stellen. Der Zugang zur beruflichen Grundbildung für abgewiesene Asylsuchende und Sans-Papiers wird damit erleichtert und die Anzahl der Personen in der Grundbildung erhöht, was auch der Wirtschaft in Zeiten des Arbeitskräftemangels zugute kommt.

